

Kurzprotokoll der Märzsession 2000

- [Übersicht](#)
- [Planungsvorlagen](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Wahlen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 27. und dem 28. März 2000 fand unter dem Vorsitz von Ruedy Scheidegger, Dagmersellen, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Planungsberichte über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung und über den öffentlichen Verkehr im Kanton Luzern. Die Volksinitiative "Für eine massvolle und kostengünstige Reform der Primarlehrerinnen- und Primarlehrerbildung" lehnte der Grosse Rat ab. In 1. Beratung sprach sich der Rat zudem für eine Änderung des Energiegesetzes und für eine Departementsreform aus. Mit Dekret hiess er ferner sowohl die Staatsbeiträge an das Kunstmuseum Luzern für die Jahre 2000 – 2003 als auch einen Sonderkredit für die Änderung der Kantonsstrasse K 30 zwischen Adligenswil und Udligenswil gut. Drei vom Regierungsrat vorgelegte Geschäfte wies der Rat den ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu.

Der Grosse Rat wählte des Weiteren ein neues Mitglied des Obergerichts sowie einen neuen Staatsanwalt und behandelte ein Begnadigungsgesuch, eine Petition und 16 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von drei Petitionen und von 26 parlamentarischen Vorstössen sowie der Rückzug von zwei Postulaten. Die für drei Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für eine von zwei Interpellationen beschlossen und durchgeführt, für die andere abgelehnt. Beim dritten Vorstoss wurde vom Postulanten nachträglich auf die dringliche Behandlung verzichtet.

Von den 41 traktandierten Geschäften konnten 12 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Planungsvorlagen

Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Der Planungsbericht über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Mai 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 22 vom 5. Juni 1999, S. 1413) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und zur Kenntnis genommen. Der Grosse Rat überwies dazu sechs Bemerkungen. Im Planungsbericht über die Lehrerinnen- und Lehrerbildung wird der Errichtung einer regionalen pädagogischen Hochschule mit einem Grundausbildungsangebot für Lehrpersonen für den Kindergarten, für die Primarstufe und die Sekundarstufe I, welche nach dem Gymnasium besucht werden kann, der Vorzug gegeben vor zwei seminaristischen Modellen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und einem Modell mit einer Ausbildung an einer pädagogischen Hochschule anschliessend an eine Maturitätsschule mit integrierter pädagogischer Grundausbildung. Die Pädagogische Hochschule Luzern soll im Jahr 2003 als Teilschule der zukünftigen Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz eröffnet werden.

Öffentlicher Verkehr. Der Planungsbericht über den öffentlichen Verkehr im Kanton Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Januar 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2000, S. 291) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico de Bona, Littau) und in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen. Der Grosse Rat überwies zwei Bemerkungen zu dem Planungsbericht. Dieser gibt Auskunft über das Angebot und die Nachfrage, die geplanten Änderungen und die Kosten des öffentlichen Regionalverkehrs und des schienengebundenen Güterverkehrs im Kanton Luzern. Änderungen sind besonders beim Agglomerationsverkehr und beim regionalen Schienenverkehr vorgesehen. In Zusammenarbeit mit den andern Kantonen der Zentralschweiz werden die Entscheidungsgrundlagen für die Realisierung einer S-Bahn Zentralschweiz erarbeitet, und auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der zweiten Etappe der Bahn 2000 sollen die wichtigsten Infrastrukturausbauten in der Agglomeration Luzern verwirklicht werden.

Rechtsetzung

Volksinitiative Primarlehrerbildung. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative "Für eine massvolle und kostengünstige Reform der Primarlehrerinnen- und Primarlehrerbildung" gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. November 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 51 vom 25. Dezember 1999, S. 3380) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und die Initiative mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Damit stellte sich der Grosse Rat gegen das Begehren des Initiativkomitees «Für Freiheit in der Lehrerbildung», die Primarlehrerausbildung an Seminaren in ein lehrberufsorientiertes Kurzzeitgymnasium und in eine zweijährige tertiarierte Berufsbildung zu gliedern. Nach der Ablehnung der Initiative durch den Grossen Rat unterliegt diese der Volksabstimmung.

Änderung des Energiegesetzes. Der Entwurf einer Änderung des Energiegesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Januar 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2000, S. 291) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie unter dem Vorsitz von Franz Brun, Ruswil) und gutgeheissen. Durch die Gesetzesänderung sollen einerseits die Bestimmungen über die Bewilligung für den Bau und den Betrieb von Beschneiungsanlagen gelockert und andererseits die Pflicht zur so genannten verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung für bestehende Bauten aufgehoben werden. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Departementsreform. Die Entwürfe einer Änderung des Organisationsgesetzes und weiterer damit zusammenhängender Erlassänderungen (Departementsreform) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. Januar 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 8 vom 26. Februar 2000, S. 508) wurden in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz ihres Vizepräsidenten Konrad Vogel, Horw) und gutgeheissen. Mit der vorgesehenen Neugliederung der Departemente wird beabsichtigt, die Arbeitsbelastung gleichmässig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher zu verteilen, die Aufgabenbereiche möglichst homogen zu gliedern und die politische Gewichtung der Departemente auszugleichen. Geplant ist eine Gliederung der Verwaltung in folgende sieben Departemente: Bau- und Verkehrsdepartement, Bildungsdepartement, Finanzdepartement, Gesundheits- und Sozialdepartement, Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement, Sicherheitsdepartement und Wirtschaftsdepartement. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Finanzvorlagen

Kunstmuseum Luzern. Der Entwurf eines Dekrets über die Staatsbeiträge an das Kunstmuseum Luzern für die Jahre 2000 – 2003 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 14. Dezember 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 5 vom 5. Februar 2000, S. 292) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und mit 67 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Der Grosse Rat bewilligte damit den gemäss dem Entwurf eines Subventionsvertrags zwischen der Stadt und dem Kanton Luzern vereinbarten Gesamtkredit von 3,9 Millionen Franken für das Kunstmuseum Luzern

für die Jahre 2000 – 2003. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 13 vom 1. April 2000, S. 861) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 31. Mai 2000.

Ausbau K 30 Adligenswil–Udligenswil. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Änderung der Kantonsstrasse K30 Luzern–Adligenswil–Udligenswil–Meierskappel, Abschnitt Angel–Gfäz, Gemeinden Adligenswil und Udligenswil, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. Februar 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 12 vom 25. März 2000, S. 788) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico de Bona, Littau) und mit 80 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Sonderkredit von 9,2 Millionen Franken soll die Kantonsstrasse zwischen Adligenswil und Udligenswil saniert und mit Anlagen für die Fussgängerinnen und Fussgänger sowie die Radfahrerinnen und Radfahrer ausgebaut werden. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 13 vom 1. April 2000, S. 862) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 31. Mai 2000.

Wahlen

Obergericht. An die Stelle des als Oberrichter zurückgetretenen Jost Fischer wählte der Grosse Rat Marius Wiegandt, Horw, als neues Mitglied des Obergerichts.

Staatsanwaltschaft. An die Stelle der als Staatsanwältin zurückgetretenen Marianne Heer wählte der Grosse Rat Daniel Burri, Luzern, als neuen Staatsanwalt.

Motionen

Erheblich erklärt wurde die Motion M 78 von Verena Kleeb, Ebersecken, über die Beibehaltung eines Ausbildungsganges für Berufsleute bei der zukünftigen Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

Abgelehnt wurde die Motion M 613 von Beatrice Rölli, Horw, über die Schliessung der Gesetzeslücke bezüglich Kinderzulagen bei Übernahme der Lohnfortzahlung durch Versicherungen.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Rosemarie Banz, Escholzmatt, über den Einsatz von Fächergruppenlehrkräften an der Primarschule (als Motion M 190 eingereicht),
- P 615 von Arlette Fischer, Emmen, über einen Planungsbericht zum zukünftigen Raumkonzept der Pädagogischen Hochschule

Abgelehnt wurde das Postulat P 125 von Eugen Bienz, Ebikon, über die Erhaltung der natürlich gewachsenen und bewährten Lehrerinnen- und Lehrerausbildung.

Zurückgezogen wurden die Postulate

- P 267 von Konrad Vogel, Horw, über eine attraktive berufsbegleitende Reallehrerbildung im Kanton Luzern/in der Innerschweiz,
- P 417 von Armin Steiner, Root, über eine sofortige Verbesserung der Strukturen im Spitalwesen

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 106 von Alois Hodel, Egolzwil, über kurzfristige öffentliche Massnahmen betreffend "Lothar"-Waldschäden (dringliche Behandlung),
- I 514 von Hans Peter Pfister, Eich, über den Planungsstand im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung,
- I 553 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über die Finanzierung der Pädagogischen Fachhochschule,
- I 638 von Christoph Lengwiler, Kriens, über die künftige Attraktivität des Lehrerberufs,
- I 47 von Beatrice Grüter, Willisau-Stadt, über die Verbesserung der Erschliessung des Luzerner Hinterlands mit dem öffentlichen Verkehr im Hinblick auf den Fahrplanwechsel im Mai 2000,
- I 71 von Ursula Stämmer, Luzern, über private Pflegeangebote,
- I 48 von Gerhard Klein, Wauwil, über "Bonusgutscheine" am KSL für die Angestellten,
- I 66 von Ursula Stämmer, Luzern, über die Anschaffung von Computertomographen an den kantonalen Spitälern Sursee und Wolhusen,
- I 42 von Louis Schelbert, Luzern, über Absichten zur nuklearen Entsorgung im Wellenberg,
- I 43 von Louis Schelbert, Luzern, über fehlende Gelder zur nuklearen Entsorgung,
- I 74 von Hansruedi Kurmann, Emmen, über die Konkurrenzierung der Privatwirtschaft durch den Forstbetrieb des Kantons Luzern